

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Preis für Abnehmer: 20 O.H.

**Lebeck's** Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Marianstraße 38/40,  
Verlag von Pfeiffer & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei tagl. zweim. Zustellung od. durch die Post bei tagl. zweim. Versand monatl. 30 O., vierteljährl. 90 O. • Anzeigen-Preise. Die Hüll. 32 mm breite Zeile 7 O., außerh. Sachl. 8 O., Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Hüll. 32 mm u. Verh. die Zeile 5 O., Borzugsp. 10 O., Zerst. 15 O., Besondere Zusätze ges. • Einzelnummer 1,50 O., Sonntagsausgabe 2 O. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht entbucht.

**Ernst Lange**  
Koffer- u. Taschenfabrik  
König Johannstr. Birnauischer Platz

Trinkt **Radeberger Pilsner**

**Konditorei u. Café**  
STREHLNER STRASSE 3 **Uhlich** 2 MINUTEN VOR HAUPTBAHNHOF  
Bis und Gisgetränke

## Vor der Antwort der Reparationskommission

**Zwei wichtige Sitzungen.**  
Paris, 6. Juni. Wie der „Tempo“ mitteilt, hat die Reparationskommission heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der die verschiedenen Ansichten der Delegierten zum Ausdruck gekommen sind. In der morgen stattfindenden Sitzung wird jeder Delegierte seine Vorschläge vorbringen und seine Einwände ansprechen. Der Internationale Anleiheauschuss wird also, wenn er am Mittwoch nachmittag zusammentritt, die Antwort der Kommission und die Ansichten der einzelnen Delegierten zur Kenntnis nehmen. Der französische Delegierte Dubois hat heute vormittag vor der Sitzung eine Besprechung mit Poincaré gehabt.

Wie dasaa erzählt, soll sich die Reparationskommission morgen vormittag versammeln, um offiziell den Vorlauf ihrer Antwort auf die ihr von dem Internationalen Anleiheauschuss vorgelegten Fragen bekanntzugeben. (S. 2. B.)

**Morgan kehrt nicht nach Paris zurück?**  
Paris, 6. Juni. Einige Pariser Zeitungen berichten, daß die für heute anberaumte Sitzung der Reparationskommission zur Beratung der Anleihebedingungen auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Die französische Regierung halte den Plan für erledigt. Die Mitglieder der Anleihekommission würden wahrscheinlich der Meinung sein, daß weitere Beratungen unter diesen Umständen keinen Zweck haben. Morgan, der sich zurzeit in London aufhalte, habe bereits erklärt, er werde es für unnütz, nach Paris zurückzukehren.

### Die „kleine“ Anleihe. Kein Geld für Frankreich.

Paris, 6. Juni. Im „Excelsior“ erklärt ein Finanzfachmann, der die Reparationskommission die Annahme für falsch, daß die Anleihe bereits aufgegeben sei. Nach der Ansicht der Studienkommission und der Ansichten der Anleihekommission werde ein dann etwas höherer zu erfahren sein, wenn die Studienkommission ihren Bericht abgibt und wenn die Reparationskommission diesen Bericht geprüft und seine Forderungen angenommen oder abgelehnt habe. Die große Anleihe werde sicher einmal kommen, aber ihre Voraussetzung sei eine Anzahl von Maßnahmen, für die zurzeit die öffentliche Meinung noch nicht reif zu sein scheint. Diese Maßnahmen beständen in der Annäherung oder Vereinfachung der alliierten Schuld und der im gleichen Verhältnis erfolgenden Verringerung der deutschen Verpflichtungen. In jedem Falle sei eine kleine An-

leihe möglich oder sogar wahrscheinlich. Von dieser kleinen Anleihe würde aber Frankreich nichts zu erwarten haben, da sie hauptsächlich für die belagerte Priorität, die amerikanischen Refinanzierungen und für die Stabilisierung der Marktwährung Verwendung finden müßte.

### Frankreichs Widerstand gegen Herabsetzung der deutschen Schulden.

Paris, 6. Juni. „Tempo“ spricht in einem Leitartikel dem Internationalen Anleiheauschuss sowohl die Mittel als auch die erforderliche Zeit ab, um die komplizierte Frage zu beantworten: Auf welche Gründe ist es zurückzuführen, daß Deutschland keine neuen Kredit findet? Dementsprechend geht es nach dem halbamtlichen Blatt über die Unabhängigkeit des Ausschusses hinaus, die deutsche Reparationsanleihe von einer Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld abhängig zu machen. In Wirklichkeit, sagt „Tempo“, ist die Anleihefrage keine rein finanzielle. Es besteht ein Konflikt zwischen zwei Arten von Politik: der Politik des geschwunden und der Politik des zurückgenommene Wortes. Die erstere erfordert den Willen, seine Verpflichtungen zu halten und denselben Willen vom anderen zu verlangen. Frankreich will bezahlen, was es schuldig ist, und es verlangt, daß auch seine Schuldner zahlungswillig sind. Es läßt nicht zu, daß man Deutschland aus seiner Wohlwollen keine Zahlungswilligkeit patentiert. Die Politik des zurückgenommene Wortes dagegen besteht darin, daß man alle Verpflichtungen wieder in Frage stellt. Konflikt von Deutschland Zahlungswilligen zu verlangen, würde man bei dieser Politik bilden, daß Frankreich Widerstand leistet und daß es diesen Widerstand zum Anlaß nehmen, zu erklären: Da Deutschland uns nicht bezahlen will, haben wir auch nicht die Absicht, was wir den Vereinigten Staaten schulden. Kurz und gut, es handelt sich um die Politik des Fehlers, Panteres und eines Bankrottes auf der ganzen Linie. Aus dieser Grundlage könne man Europa nicht wieder aufbauen.

„Journal des Debats“ schreibt: Keine Regierung könne angehen, daß Frankreich, das Deutschland bereits 10 Milliarden vorgeschossen, das keine Reparationen erhalten habe und das aussehe, wie die deutsche Politik, sich von Monat zu Monat wiederholte und regelmäßig mit denselben Verhandlungen ende, daß Frankreich einem Schuldner ohne guten Willen einen Nachlaß bewilligt, der zu nichts anderem als zur Vorbereitung neuer Schmälerungen dienen würde. (S. 2. B.)

## Der Schutz der deutschen Minderheit in Oberschlesien.

Die Präsidium des Deutschen Schutzverbandes in Allenstein hat mit der Annahme einer bedeutungsvollen Entscheidung ihr Ende gefunden, einer Entscheidung, die in jedem Worte die Liebe zur deutschen Heimat atmet und einen bewundernswürdigen Willen zur deutschen Volksgemeinschaft verrät. Wir im Lande machen uns bisweilen keine rechte Vorstellung davon, was es für unsere Stammesgenossen in den Grenzgebieten und im Inlande gerade heute bedeutet, sich mit aller Ehrenhaftigkeit zum deutschen Namen zu bekennen, und es gehören schon ungewöhnliche Geschicknisse dazu, besonders harte Leiden und Bedrückungen unserer Brüder und Schwestern, im Grenzlande und in den noch immer größtenteils feindlichen Nachbarstaaten, um uns zu steifen und vor allem zu handelndem und helfendem Mitgefühl mit den Unlerten draußen im Exil anzurufen. So betrüblich diese Tatsache ist, sie ist eine von den alltäglichen Erfahrungen, die man in den gewissermaßen selbst von Schutz gelegenen deutschen Vorkriegszeiten immer wieder machen muß. Nur mühsame und anstrengende Kleinarbeit kann mit der Zeit daran etwas ändern. So lange aber in der Praxis die Anteilnahme der Vorkriegszeiten an den Schicksalen jener in die Millionen gehenden Grenz- und Auslandsdeutschen mit einer gewissen Gleichgültigkeit, mit einem so dankbarer begrüßten, daß einzelne Gruppen und Verbände ihre ganze Kraft im Kampfe für das bedrohte und gefährdete Auslandsdeutschtum einsetzen, so wie es die im Deutschen Schutzbund zusammengeschlossenen Verbände mit heißen Verlangen um und auf der Allensteiner Tagung wieder bewiesen haben. Mit besonderer Freude und Anerkennung verdient in diesem Zusammenhang jener wichtige Satz in der erwähnten Schlußbeschlusse des Deutschen Schutzbundes hervorgehoben zu werden, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Bund den Gedankengang unserer Selbstbestimmung und sein unzerstörbares Gegenstück, den Gedanken des Reichstages nationaler Minderheiten, zur Geltung zu bringen beabsichtigt. Gewiß ein hohes und schweres Ziel, eine dornenreiche Aufgabe, die wie kaum eine andere, länger erscheint, aber auch eine Aufgabe, die Millionen deutscher Brüder und Schwestern den Mannern danken werden, die sich ihr mit aller Ausdauer und Treue widern.

Es bedarf kaum eines Wortes, um die Notwendigkeit dieses Minderheitenschutzes zu erklären. Wir brauchen in diesen Tagen nur wieder nach Oberschlesien, dem zu unserem bitteren Leidem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens, unsere Blicke zu wenden, um uns davon zu überzeugen, daß dieser Minderheit der deutschen Minderheit in dieser Gegend von unheimlicher Tragweite ist. Ja, ist denn der Schutz dieser polnisch gewordenen Hunderttausende von Deutschen nicht durch den soeben ratifizierten deutsch-polnischen Vertrag gewährleistet, so wird man mit Recht fragen. Gewiß, das deutsch-polnische Abkommen, das in monatelangen Verhandlungen zustande gekommen ist, beschränkt sich in unfaßlicher Weise mit dem Schutze der Minderheiten. Es vertritt in hochtrabenden Worten lautererlei schöne Dinge von der freien Ausübung des Bekenntnisses bis zur Gleichberechtigung bei der Herausgabe von Preiserzeugnissen. Mit besonders eingehenden Bestimmungen ist der Schutz des Unterrichts dieser Minderheiten bedacht worden. Die hiesigen Privatschulen und Primarschulen einrichten, sie dürfen in ihrer eigenen Sprache unterrichten und unterrichten lassen, sie dürfen... Wenn das alles geschähe, geschähe und eingehalten würde, was diese Deutschen im polnischen Teile Oberschlesiens dürfen, dann könnte man beinahe um ihr Schicksal unberührt sein. Wenn diese Minderheitenschutzesbestimmungen auf polnischer Seite so durchgeführt würden, wie es bei uns beobachtet werden dürfte, dann dürften wir dessen gewiß sein, daß der deutsche Geist im ober-schlesischen Grenzlande wächst und sich zu einer unbrechbaren Macht entfaltet. Aber wir wissen ja, wie es um die Durchführung der polnischen Vertragsbestimmungen im polnischen Nachbarlande bestellt ist. Dar es nicht geradezu ein Hohn auf das ganze Genfer Vertragswerk, daß gerade in den letzten Tagen vor dem Ausbruch der Ratifikationsurkunden zwischen Deutschland und Polen in Gleswig und Stettin der Gummistempel polnischer Interessentenbänden gegen die deutsche Minderheit zu herrschen begann? Auf dem Papier steht ein vielverklärtes Schutzversprechen, in der Praxis aber legt es der Nationalpolen bis hinauf ins Warschauer Kabinett darauf an, alles Deutschtum im polnischen Staatsgebiet auszuwischen. Das kann gelegentlich noch schlimmer werden, wenn dem gegenwärtig zurückgetretenen Kabinett Poincaré, dem man sogar „Deutschfreundlichkeit“ nachrühmt, ein polnisch-danwinskiisches Kabinett vom reinen Wasser folgt. Wir wissen also, was wir vom vertraglich festgelegten Minderheitenschutz zu gewärtigen haben, wir wissen das um so genauer, als wir auf der anderen Seite die Pausen unserer Regierungsproteste gegen die Vergewaltigung unserer ober-schlesischen Landsleute kennen und richtig einschätzen.

### Der preußische Ministerpräsident im Rheinland.

Sonnef, 6. Juni. In einer noch dem Kurlauf einberufenen Versammlung hielt heute abend Ministerpräsident Braun eine Ansprache, in der er, ausgehend von der durch den Friedensvertrag bedingten allgemeinen Not, auf die besondere Bedrückung hinwies, unter der das Rheinland und seine Bewohner leiden. Das Rheinland sei eine Waise in der Hand der Sieger. Was die Frauen und die Jungfrauen nicht vermocht hätten, das sollte die jungen, französischen Kulturpropaganda erreichen, die vornehmlich mit dem Argument der höheren französischen Kultur arbeite. Die reparationsähnlichen Kreise, die dem Rheinland unterliegen sind, arbeiten in erster Linie mit der Forderung der Völkervereinigung des Rheinlandes von Preußen, wobei sie sich geschickt den Umstand zunutze machen, daß das alte Preußen die Mentalität der rheinischen Bevölkerung nicht immer recht verstanden und richtig gewürdigt habe. Nicht die Hilfe des Rheinlandes und das Wohl des Rheinlandes haben die Welt im Solde Frankreichs stehenden Separatisten im Auge, sondern sie seien bewußt oder unbewußt Werkzeuge der Axtelie Frankreichs, die eine Zerstückung und damit völlige Zerstümmung Deutschlands anstrebten. Das Rheinland aus den preussischen Staatsgrenzen reißen, siehe es auch vom Reiche trennen und zum Spielball französischer Interessen und Machtpolitik machen. Das Rheinland und die Rheinländer hätten heute deutsch gefühlt und gedacht und würden daher wie in früheren guten Tagen auch in den schlimmsten Zeiten, die wir jetzt durchleben und die uns noch bevorstehen, in aller deutscher Treue zu Preußen und dem Reiche stehen. Wenn dieser Geist wach und reger bleibe, dann dürfen wir um eine bessere Zukunft nicht besorgt sein.

Gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: Die heute im Rathaus zu Sonnef a. Rh. von Angehörigen aller Parteien und Berufsstände sowohl des besetzten wie des unbesetzten Rheinlandes besuchte Versammlung spricht sich nach der Ansprache des preussischen Ministerpräsidenten Braun gegen alle Bestrebungen aus, die darauf hingehen, das Rheinland vom Reich oder von Preußen zu trennen. Politisch und wirtschaftlich ist das Rheinland auf Gedeih und Verderb mit dem Reiche und dem preussischen Staat verbunden. Eine rheinische Republik würde, wie das Beispiel des Saargebietes lehrt, zu politischer Unfreiheit und zu wirtschaftlichem Niedergang führen. (S. 2. B.)

### Französischer Ueberfall auf einen Bonner Stadterordnenen.

Bonn, 6. Juni. Erst jetzt wird ein Vorfall bekannt, der sich am 22. April d. J. hier zugetragen hat. Nach amtlichen Ermittlungen wurde in der Nacht vom 22. auf den 23. April ein älterer Stadterordnen und Gewerkschaftsleiter in Bonn, der sich von einer Sitzung auf dem Nachhauseweg befand, ohne jede Veranlassung von mehreren französischen Soldaten überfallen, mißhandelt und zu brandigen Verletzungen. Als ein der Ueberfallenen zur Seite steht, eilten noch einige französische Soldaten herbei, die sich ebenfalls auf ihn stürzten und ihm vergriffen. Auf die Hilfe des Ueberfallenen eilten Zivilpersonen herbei, worauf die Soldaten flüchteten. Die Verletzungen, die der Ueberfallene erlitten hatte, waren so erheblicher Natur, daß er jetzt noch für längere Zeit arbeitsunfähig ist.

### Die französischen Sozialisten und Frankreichs Außenpolitik.

Paris, 6. Juni. Der außerordentliche sozialistische Parteitag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der internationalen Politik. Der Generalsekretär der Partei Vancé hielt eine Rede, in der er sagte, die Partei habe die deutschen Sozialisten aufgefordert, ihre Forderungen zu nehmen gegen die Alldeutschen und die Entwaffnung des Militärismus zu beantragen. Es sei auch gut, das Ausland daran zu erinnern, daß wenn die französischen Sozialisten der Politik Poincarés feindlich gegenüberstünden, das noch nicht heißt, daß sie die Politik Lloyd Georges bevorzügen. Der Generalsekretär sprach die Hoffnung aus, daß die Einheit der sozialistischen Parteien doch noch zustande kommen werde.

In der Erörterung sprach Conguet über die Bemühungen zur Herbeiführung einer einheitlichen internationalen Arbeiterorganisation. Sembat erklärte, die Politik Frankreichs sei jetzt eine derartige, daß sie die engherzige Arbeiterpartei als letzten Fort des Imperialismus ansehe. Wenn das noch drei Monate so fortdauere, dann werde Frankreich eine wirtschaftliche Einheit zwischen England, Deutschland und Rußland gegen sich haben. Die Regierung in Frankreich wolle die größte Dummheit durchzuführen, nämlich Deutschland ruinieren, aber Reparationszahlungen von ihm verlangen. Sembat forderte eine praktische Aktion. Es sei notwendig, daß die französischen Sozialdemokraten in den Großstädten Frankreichs Versammlungen abhalten, denn man müsse das französische Volk gegen den Krieg und für den Frieden aufrufen.